

Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. : Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.80, im sonstig. inländ. Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Zeile oder deren Raum 16 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamazeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsgesellschaft und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. G. G. 6666 Fernsprecher 33. In Calmbach: Hauptstraße 109

Nr. 169

Anzeigenannahme:
In Wildbad: Wilhelmstraße 99

Freitag, den 1. August 1919

Anzeigenannahme:
In Calmbach: Hauptstraße 109

Jahrgang 53

Tageschau.

Auf die deutschen Forderungen wegen Ausführung des Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete hat die Entente entgegenkommend geantwortet.

Die kürzlich von einigen Tageszeitungen gebrachte Notiz, wonach die Frühkartoffelernte in einzelnen Bezirken Deutschlands so reichlich ausgefallen sei, daß vorläufig die Bestimmungen über die Verteilung von Kartoffeln aufgehoben werden könnten, beruht auf einer bewußten Irreführung der Bevölkerung. Ueber die gesamte Frühkartoffelernte im Reiche ist seitens der Reichskartoffelstelle verfügt worden.

Angesichts des Widerstandes der republikanischen Senatoren tritt eine immer weitere Verzögerung der Ratifizierung des Friedens- und Völkerbunds-Vertrages in Amerika ein, während in Italien alle politischen Parteien auf eine möglichst schnelle Ratifizierung des Vertrages mit Deutschland drängen.

Die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen werden sofort nach der endgültigen Festlegung der Grenzen Italiens in ihre Heimat zurückbefördert werden. Man erwartet, daß der Heimtransport innerhalb dreier Monate durchgeführt sein wird.

Die Deutschsrift Ludendorffs.

Weimar, 31. Juli. 1919, wieder: In der in der Rede des Ministerpräsidenten Bauer erwähnten Deutschsrift Ludendorffs vom 16. Sept. 1917 heißt es u. a.: Unsere Lage im Innern ist nach Angabe der Ressortvertreter schwierig. Die Arbeiter- und dann auch die Erbschaftsfrage hat sich verschärft. Ich meine aber, diese inneren Schwierigkeiten müßten durch die feste Leitung der jetzigen Regierung überwunden werden. Möglich ist unsere militärische Lage ist befehligt und der U-Bootkrieg wirkt. Demgegenüber ist die Lage des Verbands erheblich schwieriger. Rußland scheidet als vollwertiger Gegner gänzlich aus. Dieser Umstand wird auf Rumänien zurückwirken. Die übrigen Verbandsmächte werden mit England und Rumänien nicht mehr in vollem Umfang rechnen können. Nehuliche Erscheinungen weisen unser Bündnis nicht auf. Italien rechnet anscheinend auf einen Erfolg in der 12. Nionzschlacht. Seine inneren Verhältnisse treiben zur Krise. Auch Frankreich steht vor einer Kohlennot. Alle neuen Nachrichten aus England stimmen darin überein, daß der U-Bootkrieg wirkt, daß die Ernährungslage schwierig ist und daß die englische Regierung mit starken sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Das Drängen nach Frieden in Eng. and wird stärker. Sollte England ernsthaft Schritte unternehmen, so wäre das ein Zeichen, daß es nicht mehr glaubt, den Krieg zu gewinnen. Die Hoffnung des Verbands seit Rußlands Niederlage ist Amerika. Es darf nicht unterschätzt, aber auch nicht überschätzt werden. Die großen Waffensysteme zu Lande und zu Wasser stehen auf unserer Seite (U-Boote). Ich ziehe den Schluß: Unsere militärische Lage ist günstiger als die des Verbands. Das Bündnis ist leichter bei dem Verband. Trotzdem bin ich auch der Ansicht, daß ein Frieden für uns vor Beginn des Winters erstrebenswert ist, wenn er uns das Nötigste bringt, was wir zur Sicherstellung unserer kulturellen wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen und uns in eine militärische und wirtschaftliche Lage versetzt, die uns einem neuen Verteidigungskrieg mit Ruhe ins Auge sehen läßt. Ohne Rumänien und die anderen besetzten Gebiete wären wir in eine recht bedenkliche Verpflegungslage gekommen. Wir müssen daher einen Zuwachs an Land erhalten. Dieses finden wir nur in Kurland und Litauen, die heute wirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Unsere Bodenschätze und unsere Industrie liegen an den Grenzen des Reichs so ungünstig wie möglich. Regierung und Reichstag hatten die schwierige Lage des oberdeutschen Bedens kurz vor dem Krieg erkannt. Wir müssen Oberdeutschland auch durch Landgewinn schützen. Im Westen haben wir die beiden großen Zentren, das lothringisch-luxemburgische Erzbecken mit dem Saarrevier und das nieder-rheinisch-westfälische Industriegebiet, das sich nach der Belgischen und der holländischen Grenze zu immer mehr ausbauen wird. Die sichere Schanz dieser beiden Gebiete ist für uns eine Lebensfrage. Wir müssen hier das erreichen, was wir irgend erreichen können und wozu unsere Lage berechtigt. Das lothringische Erzbecken verlangt einen Gürtel, wasche nach Westen. Die Beibehaltung der Grenze wie vor dem Krieg würde es mit sich bringen, daß jede politische Beunruhigung auf die Werke mit ihrer starken Arbeiterkraft zurückwirken würde. Bei Beginn von Feindseligkeiten wäre der Betrieb lahmgelegt und Zerstörungen ausgeföhrt. Selbstverständlich bleibt das Gebiet durch Ar-

tillerie und Flieger immer sehr gefährdet. Umso dringender ist die untere Erhaltung des nieder-rheinisch-westfälischen Gebiets. Was die flandrische Küste für Luftangriffe auf England für dieses Land ist, das ist die Maaslinie bei Lüttich in noch erhöhterem Maße für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Bith fest in der Hand behalten. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht am dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu bieten. Dies kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angegeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Ganz sicher wären wir erst, namentlich da der Tunnel Dover-Calais Wirklichkeit wird, wenn wir ganz Belgien militärisch besetzen und an der flandrischen Küste ständen. Trotz aller Schwierigkeiten Englands können wir dies zurzeit nicht erreichen. Es fragt sich, ob wir um dieses Ziel den Krieg fortsetzen müssen. Das ist meines Erachtens der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich (Calais) behalten. Tun sie das nicht, so wäre der Besitz der flandrischen Küste für uns kein Grund zur Fortsetzung des Kriegs über den Winter hinaus. Wir müssen dann die von der flandrischen Küste aus erstrebte Einwirkung auf England auf Umwegen erreichen können. Ich halte dies für möglich, wenn Belgien wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich eng verbunden und Wallonien und Flandern geteilt mit der Zeit den Schutz gegen Frankreich und England selbst übernehmen und nach Beendigung der Besetzung sich ein Heer und eine Marine halten.

Der Anschluß Belgiens an Deutschland würde zur Folge haben, daß bei einer Klar ihr Ziel verfolgenden Politik Holland an uns gezogen wird, zumal wenn ihm sein Kolonialbesitz durch ein mit uns verbünd. „Java“ gewährleistet wird. Wir erhalten eine Stellung Eng. gegenüber, die es uns ermöglicht, unseren Handel im nächsten Krieg aufrecht zu erhalten. Das ist das dritte große Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 30. Juli.

Die große politische Aussprache über das Regierungsprogramm ist überstanden. Nach den Aufregungen der letzten Tage, die durch die bekannte Ablenkung auf mehr persönliche Gebiet verurteilt waren, lehrt die Nationalversammlung zu ihrer wichtigen Aufgabe, der dritten Lesung des Verfassungsgesetzes zurück und damit kamen auch die Verhandlungen wieder in ruhigeren Bahnen, wenn freilich auch auf allen Seiten des Hauses noch eine gereizte Stimmung bemerklich blieb, die sich gelegentlich Luft machte. Heute wurde nun die Allgemeine Besprechung des Verfassungsgesetzes zu Ende geführt, wobei die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei erklärten, daß sie gegen die Verfassung stimmen werden. In der Einzelberatung wurde das Gesetz bis zu Artikel 131 angenommen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei (Heinze), die Reichsfarben schwarz-weiß-rot beizubehalten, wurde mit 243 gegen 53 Stimmen (Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, ein Teil der Demokratie und des Zentrums) abgelehnt, was die Rechte mit Vinstufen beantwortete. Dies rief einen großen Lärm auf der Gegenseite hervor und Präsident Fehrenbach bezeichnete die Futurfe als eine Ungehörigkeit. Der Antrag Dönhoffmann: die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold, die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke (im „Gösch“) fand Annahme mit großer Mehrheit. Die im Entwurf nach dem Ausschuh Antrag vorgesehene fünfjährige Wahlzeit des Reichstags wurde nach dem Antrag Erkelenz (D.D.P.) in eine vierjährige verwandelt; Abg. Auer hatte eine dreijährige Wahlperiode beantragt. In der neuen Formel für den Amtseid (Art. 42) ist die religiöse Bindung weggefallen. Trotz des Widerspruchs des Kriegeministers Reinhardt wurde die Bestimmung, daß die militärischen Ehrengerichte aufzuheben seien, in das Verfassungsgesetz aufgenommen. Die Militärgerichtsbarkeit wird überhaupt aufgehoben, außer für Kriegzeiten und an Bord der Kriegsschiffe. Von sozialdemokratischer und demokratischer Seite wurden Entschlüsse eingebracht, die auch angenommen wurden, daß die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen solle, der die Todesstrafe abschafft oder doch die Möglichkeit bietet, auch in solchen Fällen, wo auf Todesstrafe erkannt werden müßte, die Freiheitsstrafe zu verhängen. In Bezug auf die Ehe, die unter dem besonderen Schutz der Verfassung stehen soll, wird nach einem Antrag Spahn die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter anerkannt. Der sozialdemokratische Antrag, daß das uneheliche Kind den Namen des Vaters tragen und rechtlich wie sein eheliches Kind gelten soll, sowie der Antrag der Unabhängigen, daß uneheliche Kinder den ehelichen vollständig

gleichsetzen sollen, wurden abgelehnt. Zu den Anträgen sprach Frau Bohm-Schuch (S.). Von der rechten Seite des Hauses wurde dabei mit Absicht auf die starke Beteiligung der Frauen an der Aussprache das Wort Schillers gerufen: „Wehe, wenn sie losgelassen!“, was großen Lärm hervorrief.

Unter Mitwirkung der demokratischen Parteien ist in der Schulfrage (Art. 143, Abs. 2) und in der Väterfrage (Art. 18) eine endgültige Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum zustande gekommen und die demokratische Partei wird nach offiziöser Mitteilung nun wieder in die Regierung eintrreten.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 4.30 Uhr. Die Beratung des Verfassungsentwurfes wird beim 3. Abschnitt Artikel 41—C (Reichspräsident und Reichsregierung) fortgesetzt.

Der Amtseid (Artikel 42) erhält die Fassung: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen wehren, Schaden von ihm abwenden, die Befehle des Reichs wehren, meine Pflicht gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Auf Antrag Dr. Haas (D.D.P.) werden die Artikel 48 und 49 (Bewaffnetes Vorgehen des Reichspräsidenten gegen ein Land, das die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt, und gegen Störungen der öffentlichen Sicherheit) zusammengefaßt mit der Änderung, daß der Reichspräsident vor bewaffnetem Vorgehen gegen ein Land den Reichstag verständigen muß. Im übrigen gelangen die Bestimmungen unverändert zur Annahme.

Im 4. Abschnitt (Reichspräsident) des Artikels 62 wird auf Antrag Haußmann die Bestimmung gestrichen, daß, wenn gemäß Artikel 18 in einem Land eine Gebietsänderung vollzogen worden ist, das Stimmrecht im Reichsrat durch ein Gesetz neugeordnet werden soll. — Im übrigen wird der Abschnitt Artikel 61—68 unverändert angenommen.

Im Abschnitt 5 (Reichsgesetzgebung) werden die Artikel 74 und 76 (Volksentscheidung, Verfassungsänderung), die neue Anträge in Vorbereitung sind, zurückgestellt. — Im übrigen wird der Abschnitt (Artikel 59 bis 77) unverändert angenommen.

Im Abschnitt 6 (Reichsverwaltung) wird Artikel 79 im Hinblick auf die Bestimmung des Friedensvertrages nach einem Antrag Dr. Spahn (3.) in folgender Fassung angenommen: Die Verteidigung des Reichs ist Reichssache. Die Beherrschung des deutschen Volkes wird unter Berücksichtigung der besonderen landsmännlichen Eigenschaften durch ein Reichsgesetz einheitlich geregelt.

Der folgende Abschnitt betrifft die Rechtspflege. Aus Artikel 101 entstehen zwei Artikel, dessen erster die Unabhängigkeit der Richter und dessen 2. die Auslieferung der Gerichtsbarkeit durch die Länder auspricht.

Artikel 103 bestimmt unter anderem: Die militärischen Ehrengerichte sind aufgehoben. Ein deutsch-nationaler Antrag will diesen Satz streichen.

Preuß. Kriegsminister Reinhardt: Eine solche Bestimmung gehört nicht in die Verfassung und verbaut manchen Weg des Wiederaufbaus. Bei dem kommenden Reichsmehr-gesetz wäre zu beraten, in welcher Form die künftige Gestaltung des Offizierskorps und Heereswesens erfolgen wird.

Nach längerer Debatte wird der Artikel in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Artikel 104 wird nach einem demokratischen Antrag folgendermaßen angenommen: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben, außer für Kriegzeiten und an Bord der Kriegsschiffe.

In Art. 88, der das Post- und Telegraphenwesen behandelt, wird auf Antrag Haußmann ein Zusatz beschlossen, wonach die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstags die Verordnungen erläßt, die Grundzüge und Gebührensätze die Benutzung der Verkehrseinrichtungen festlegt und einen Beitrag in Angelegenheiten von Telegraphen- und Fernsprechdiensten richtet.

Es folgt der 2. Hauptteil „Grundsätze und Grundpflichten der Deutschen“. Abg. Koch-Kassel (D.D.P.): Wir verzichten heute auf den Versuch, die Grundrechte abzuändern, stellen aber fest, daß nach unserer Meinung die Grundrechte keine Quelle der Rechtsbindung, sondern der Rechtsverwirrung darstellen.

Im Artikel 108, wonach u. a. öffentlich rechtliche Vorteile oder Nachteile der Geburt oder des Standes nicht bestehen, wird auf Antrag Spahn (3.) die Änderung beschlossen, daß sie aufzuheben sind.

Die Bestimmung des Artikels 108, wonach Adelsbezeichnungen nur als Teil des Namens gelten und nicht mehr verliehen werden dürfen, wird entgegen einem Antrag der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei auf Streichung aufrechterhalten.

Die Abg. Löbe (S.) und Ablah (D.D.P.) beantragen eine Entschlieung für Abschaffung der Todesstrafe, die Abg. Singelmeier (S.), Ablah und Dr. Kahl (D.P.) eine Entschlieung, die einen Gesetzentwurf verlangt, daß in allen Fällen in denen das Strafgesetz ausschließlich die Todesstrafe vorsieht, mildernde Umstände und wahlweise neben der Todesstrafe eine Freiheitsstrafe zugelassen wird. Beide Entschlieungen werden angenommen.

Artikel 114 erhält auf Antrag Auer (S.) die Fassung: „Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unuerlethlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig.“ Im übrigen wird der ganze Abschnitt der Grundrechte unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung des 2. Abschnitts der Grundrechte (Artikel 118 bis 131). Artikel 118 erhält auf Antrag Spahn die Fassung: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.“

Ueber Artikel 119 entspringt sich eine längere Aussprache au



Den Anträgen der Sozialdemokraten auf rechtliche Gleichheit der unehelichen Kinder mit den ehelichen.
Unter Ablehnung aller Anträge gelangt Art. 119 im Wortlaut der 2. Beratung zur Annahme.
Im übrigen wird der Abschnitt (Art. 118 bis 131) unverändert angenommen.
Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 9.30 Uhr.

Weimar, 31. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.50 Uhr. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gansdorfer (Baur, Bauernbund) vor dem Landgericht München wegen Hochverrats und Vergehens gegen § 130 R. V. wird verworfen; die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Geordneren vor dem Landgericht Kempten wegen Vergehens gegen § 134 des Verfassungsgesetzes dagegen erteilt.

Die 3. Beratung des Verfassungsentwurfs wird bei dem zurückgestellten Artikel 18 (Länderfrage) fortgesetzt.

Abg. Ullrich (3.): In der durch die Anträge Ebe-Teinborn-Heine vorgeschlagenen Fassung wird der allgemeine Grundzug aufgestellt: Die Gliederung des Reichs in Länder soll unter möglicher Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volks dienen. Das Gesetz über Gebietsänderungen erhält die Fassung: Änderungen des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs erfolgen durch verfassungsgemäße Reichsgesetze. Zum Beschluss einer Gebietsänderung sollen drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber Stimmmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich sein.

Abg. Hoffmann (S.) erwartet, daß die preussische Regierung einer großzügigen Lösung der thüringischen Frage nichts in den Weg lege.

Weimar, 31. Juli. Die Mehrheitssozialisten haben ihren Antrag, daß der Reichspräsident vom Reichstag gewählt werden solle, zurückgezogen.

Minister Heine: Wenn man Preußen in ein Dutzend kleine Republiken auflöst, so hinterläßt man dadurch die Möglichkeit einen einheitlichen Verwaltungsstaat auszubauen. Die vielen Einzelstaaten würden auch eine außerordentliche Verbesserung des Verwaltungssystems bedeuten. Das alte preussische Verwaltungssystem ist das billigste gewesen, das es je in der Welt gegeben hat. Es läßt sich nicht befeuern, daß das demokratisch-republikanische Verwaltungssystem viel mehr Geld erfordert wird. Redner empfiehlt den Artikel 18 in der neuen Fassung anzunehmen. Er möge aber nur in Anwendung gebracht werden, wenn wichtige Interessen des Reichs in Frage kommen.

Der Kompromißantrag zu Artikel 18 wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Neues vom Tage.

Das Kompromiß in der Länderfrage.

Weimar, 31. Juli. Betreffs des Kompromißes der Mehrheitsparteien über Art. 18 der Verfassung verhandelt nach dem „Lokalanzeiger“, daß zwischen Demokraten und Zentrum schon eine Einigung dahin zustande gekommen sei, daß für die Lösung von Gebieten drei Fünftel der abgegebenen Stimmen notwendig sein soll, nicht, wie es jetzt heißt, drei Fünftel der wahlberechtigten Stimmen. Damit wäre also eine große Erleichterung der Abstimmung gegeben. Ferner sei noch folgende Erleichterung beabsichtigt; nicht nur der Wille der Bevölkerung soll ausreißend sein, sondern auch das Reichsinteresse. Hier ist nun ein „und“ durch „oder“ ersetzt worden.

Die Bedeutung des neuen Schulkompromisses liegt nach der „Germania“ darin, daß nicht mehr wie bisher die drei im Entwurf vorgeschriebenen Schularten gleichberechtigt in der Reichsregierung nebeneinander stehen, sondern fortan die Simultanschule die Norm für die Schule darstellen wird. Die anderen Schularten können nur, wenn ein Verlangen der Erziehungsberechtigten erfolgt, neben Simultanschulen eingerichtet werden. Als einen nicht zu unterschätzenden Vorteil hebt das Blatt an, daß durch die neue Fassung die Schulerlasse der revolutionären Regierungen in den Einzelstaaten nicht mehr zu Recht bestehen, sondern die alten rechtlichen Grundzüge für das Schulwesen in Geltung bleiben.

Nach dem „Berl. Tageblatt“ jagt Reichsminister Dr. David zu dem Sonderberichterstatter des Blatts: Die Gefahr einer dritten Revolution sei noch keineswegs abhand. Da scheint es notwendig, die verfassungsmäßige Grundlage, auf der die Regierung ruht, so breit als möglich zu gestalten. Der Wiedereintritt der

Landrichter Lange.

Roman von Maria Lenzen, geb. v. Sebregondi.

Nachdruck verboten

„Ueber die Bonndorfer Erbschaft?“ fragte Franz verwundert. „Nun, die wird ja leicht zu regeln sein da der Freiherr nur einen Sohn hat.“

„Ich weiß doch nicht; in solchen Adelsfamilien steht es oft wunderbar mit dem Erbrecht aus. Jedenfalls sollten Sie den Herrn Papa nach der Sache fragen. Da Sie das Fräulein von Bonndorf heiraten sollen, geht das doch eigentlich Sie näher an als ihn.“

„Wenn das wäre, würde mein Vater mir davon Mitteilung machen.“

„Das sollte man glauben. Doch könnte es auch geschehen sein, daß der Herr Papa bei all den Ereignissen, die in Ihrer Familie sich zutragen, den Brief vergessen hätte. Fragen Sie ihn nur danach. Es kann doch nicht unbedeutend sein, wenn Sie ihm sagen, Sie hätten von mir von einem Dokumente über die Bonndorfer Erbschaft erzählt, das aus Böhmen herkam, und das er im vorigen Herbst durch mich erhalten hat.“

Franz glaubte zu bemerken, daß die besprochene Angelegenheit seinen alten Freund mit geheimer Unruhe erfüllte; daher gab er ihm die gewünschte Zusage.

Er irrte auch nicht in der Voraussetzung, daß Lohfeld sich Sorge wegen des Dokumentes mache. Der Berichtschreiber war bei aller Einfachheit ein zu erfahrener und klarsichtiger Mann, um sich nicht zu sagen, daß die Bereitwilligkeit, mit welcher die stolze Adelsfamilie sich mit dem bürgerlichen Hause des Landrichters verband, etwas Rätselhaftes habe. Weil er nun nicht umhin konnte, zu bemerken, daß die wachsende Vertraulichkeit zwischen Kellinghorst und Stolzened sich von der Zeit her schrieb, in welcher er den Brief aus Böhmen dem Landrichter überbracht hatte, suchte er in eben diesem Briefe die Ursache des Einflusses, den sein Botschafter offenbar über den Freiherrn gewonnen hatte.

Demokraten in das Reichsstaatsamt sei daher wiederum wünschenswert.

Gegen die Vereinheitlichung der Steuerverwaltung.

Weimar, 31. Juli. Die einzelstaatlichen Finanzminister setzten gestern die Beratungen mit dem Reichsfinanzminister fort über die Einkommensteuer und die Vereinheitlichung der Steuerverwaltung, ohne daß man zu einem abschließenden Ergebnis kam. Die süddeutschen Finanzminister blieben bei ihrem Protest gegen die Vereinheitlichung der Steuerverwaltung.

Die vatikanischen Dokumente.

Berlin, 31. Juli. Der Vatikan wird, wie verschiedenen Morgenblättern berichtet wird, die diplomatischen Dokumente aus dem Herbst 1917 veröffentlicht.

Rom, 30. Juli. (Havas.) Bezüglich der Veröffentlichung von Dokumenten durch Deutschland wurde dem vatikanischen Korrespondenten der Agentur Havas erklärt, daß der Sachverhalt von Deutschland ungenau dargestellt und falsch ausgelegt worden sei. Es handle sich keineswegs um von Frankreich und England ausgehende Friedensvorschläge. Bei der kurzgehaltenen Fassung der Mitteilung des englischen Gesandten an den Kardinal Gaspari handle es sich vielmehr um das Gegenteil. Sie zähle die Gründe auf, welche einen Frieden unmöglich machen, insbesondere was Belgien betrifft. Die vom Heiligen Stuhl übermittelten Dokumente werden veröffentlicht werden. Es wäre dies wahrscheinlich schon geschehen, wenn nicht der „Observatore Romano“ infolge Streiks am Erscheinen verhindert worden wäre.

Göten, 31. Juli. Die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ erklärt, es habe von vornherein festgestanden, daß sie den Bericht des Grafen Czernin nicht von der Obersten Heeresleitung erhalten habe. Erst am 16. April 1918, als der Bericht unseren Feinden längst bekannt war, habe die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ den Bericht anlässlich der Ausschaltung des Grafen Czernin erwähnt.

Ende des Streiks.

Berlin, 31. Juli. Die Arbeit in den Siemens-Schuckertwerken ist heute wieder aufgenommen worden.

Lieferungen für Italien.

Berlin, 31. Juli. Der „Lokalanzeiger“ meldet, in Freiburg i. B. sei eine Lieferung von 6 bis 700 000 Holz- und Eisenbahnen für die italienischen Eisenbahnen im Betrag von über 8 Millionen Lire abgeschlossen worden.

Die Milchläche.

Berlin, 31. Juli. Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus über den Milchmangel in Deutschland, der durch die Ausfuhrung der Bestimmungen des Friedensvertrags, wonach 150 000 Milchläche abgeliefert werden sollten, sich noch verschimmere, antwortete Bonar Law, daß diese Abtretung nicht automatisch ausgeführt werde, sondern von den Behörden des Wiederherstellungsausschusses abhängen, der die Tatsachen prüfen werde.

Dem „Berl. Lokalanzeiger“ zufolge erwartet man in Lapeyrie in Frankreich eine Sendung von 60 000 Milchlächen aus Amerika. (Wozu dann noch die Läche aus Deutschland?)

Die Nürnberger Bürgermeisterwahl.

München, 31. Juli. Zum ersten Bürgermeister von Nürnberg wurde nach dem „N.N.“ der mehrheitssozialistische Stadtrat Frey, Geschäftsführer der Nürnberger „Frankischen Tagespost“, zum 2. Bürgermeister der Unabhängige Dr. Hugo Freund, praktischer Arzt und Redakteur des „Sozialdemokrat“, gewählt.

Generalstreik.

Basel, 31. Juli. Der Vollzugsausschuss des Arbeiterbunds beschloß den Generalstreik. Der Zeitpunkt ist noch nicht bestimmt.

Auf Wunsch der Baseler Regierung hat der Bundesrat ein größeres Truppenkontingent aufgebildet.

Das Ende der kommunistischen Regierung.

Wien, 31. Juli. Nach den neuesten Berichten aus

Budapest soll die kommunistische Regierung durch eine sozialdemokratische ersetzt werden. Am Montag abent soll es zu großen Kundgebungen der Metallarbeiter gegen die Sowjetregierung gekommen sein. Die roten Truppen verweigerten den Gehorsam. Schließlich mußten „Terrortruppen“ herangezogen werden. Es entwickelte sich ein sehr lebhaftes Gefecht, bei welchem es Tote und Verwundete gab.

Wien, 31. Juli. Der „Neue Tag“ erfährt, daß der seit 65 Jahren in Budapest erscheinende „Pester Lloyd“ in den nächsten Tagen in Wien erscheinen werde.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 31. Juli. Laut „Berl. Lokalanzeiger“ teilt das Ukrainische Informations-Bureau mit: Der Gemeinderat Czernje, die als ukrainisch-patriotisch bekannt war, wurde von polnischen Legionären umzingelt und an allen Ecken angezündet. Die sich flüchtende Bevölkerung wurde mit Bajonetten und Gewehrschüssen niedergestreckt. Dabei wurden die flüchtenden Kinder von den polnischen Soldaten aufgefingend und lebend ins Feuer geworfen.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 31. Juli. Wie verlautet, will der amerikanische Senat den Friedensvertrag frühestens im Oktober ratifizieren.

Paris, 31. Juli. Der österreichischen Friedensabordnung ist die Frist zur Beantwortung der Friedensvorschläge um 7 Tage bis 6. August verlängert worden.

Bern, 31. Juli. Italienische Blätter melden aus Paris, ein internationaler Wirtschaftsrat solle wieder eingesetzt werden, derselbe werde aber, da England und Amerika dem Plan abgeneigt seien, nicht mehr die Beschlüsse erhalten, die Verteilung der Rohstoffe zu regeln, sondern nur die jeweiligen Mindestbedürfnisse Italiens und Frankreichs festzustellen.

Sie sind unschuldig.

Paris, 31. Juli. (Havas.) Der beratende Ausschuss des zweiten Schiedsgerichts, das mit der Unterzeichnung über die Vorfälle, die sich bei der Abreise der deutschen Friedensabordnung von Versailles ereigneten, betraut ist, hat seine Untersuchung beendet und beantragt, die Angelegenheit niederzuschlagen. Man hat festgestellt, daß die Deutschen, indem sie lärmende Gräueltaten auspeckten, Hochrufe ausbrachten und in die Menge Grimassen schnitten, dadurch die Proteste heraufgefordert haben. Man hat „nicht ergründet“, ob die Menge Steine geworfen hat. Der Polizeipräsident ist wieder ins Amt eingesetzt worden.

Lloyd George wird sprechen.

London, 31. Juli. Wie die „Times“ meldet, wird Lloyd George im Unterhaus über die Friedensbemühungen Englands im Sommer 1917 sprechen.

Die Entente fordert den Ertrag der Vermögensabgabe.

London, 31. Juli. Der „Times“ zufolge brät der Oberste Rat der Friedenskonferenz über die Maßnahmen den Ertrag der großen Vermögensabgabe in Deutschland reiflos für die Wiedergutmachung zu verrechnen. (Nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ soll die Vermögensabgabe in im besetzten Gebiet zwar zugelassen, aber zur Begleichung der Forderungen der Entente verwendet werden. S. Schr.)

Schiffszuwachs für England.

London, 31. Juli. 28 Offiziere, Maschinisten und Stewards sind nach Chile abgereist, um die dort internierten deutschen Dampfer Adler, Memphis, Nitolf und Westfalen nach England zu bringen.

England übernimmt das Mandat über die Türkei.

Berlin, 31. Juli. Dem „New-York Herald“ zufolge werden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich das Mandat für beide Teile des türkischen Reiches übernehmen, so daß unter Umständen England ein Mandat über Konstantinopel und Kleinasien übernehmen wird (Oh, ohne Grenzen ist dein Glück, England!).

Zwangsversicherung in Amerika.

Washington, 30. Juli. (Reuter.) Das Abge-

„Was bezweckst du denn mit deiner überflüssigen Frage?“ rief der Landrichter sehr unwillig.

„Einfach die Erfüllung eines Versprechens, das Lohfeld von mir erbat.“

„Was geht den die Sache an? ... Ich dachte, er habe sie längst vergessen. Seit er mir die Papiere übergab, hat er sich nicht mehr darum gekümmert.“

„Er hat gewiß geglaubt, seine Pflicht zu tun, als er mich bat.“

„Seine Pflicht? Ein neugieriger Schwäher ist er! Aber du magst ihn zur Ruhe bringen, das heißt, du kannst ihm sagen, ich hätte die Papiere durchgesehen und — und — verfügt, was Rechtens sei.“

„Es soll gleich morgen geschehen,“ versicherte Franz sich erhebend.

Aber sein Vater bedeutete ihn, seinen Stuhl wieder einzunehmen. „Bleibe noch einen Augenblick. Diese Papiere — sie gehen natürlich den einfältigen Lohfeld nichts an — aber uns ... spezialisiere dich ... berühren sie sehr nahe. Bisher habe ich dich nicht damit behelligen wollen, damit du in aller Seelenruhe, ohne irgend weiche peinliche Redegedanken, um deine schöne Braut werben könntest. Sie ist jetzt dein, und Leonore liebt dich so sehr, daß sie unter allen Umständen freudig dein bleiben wird. Daß deine kleinen Schwiegereltern das Band, das dich mit ihrer Tochter verbindet, nicht gern sehen, das ist keinem Zweifel unterworfen. Sie dürfen aber nicht wagen, es zu lockern. Denn sie sind in meiner Hand. Ich kann sie, ihre Ehre und ihre Existenz in jedem Augenblick vernichten, durch eben jene Papiere, von denen Lohfeld sprach.“

„Ich habe dem Baron versprochen, diese Dokumente an deinem und meines Sohnes gemeinschaftlichen Hochzeitstage zu verbrennen. Nicht etwa, um seinen qualvollen Angst ein Ende zu machen, sondern weil ich es für besser halte, für dich wie auch für Elisen, diese gefährlichen Schriften aus der Welt zu schaffen.“ Das geschieht, sobald unsere Verhandlung mit den Bonndorfs unwiderruflich geschlossen ist. Auch die Abschrift der in meinem Besitz befindlichen Schriften, die ich dem Freiherrn eingehändigt habe, muß an diesem Tage vernichtet werden.“

ordnenhaus hat ein Gesetz angenommen, in der die Zwangsverschickung der unerwünschten Ausländer vorgehen und die Regierung ermächtigt wird, die jetzt internierten weiblichen Ausländer in ihre Heimat abzuführen.

Die Weißen und die Schwarzen in Amerika.

Amsterdam, 31. Juli. Nach einer drastischen Meldung aus New York haben die Rassenkämpfe gestern in Chicago fortgedauert. Mehrere Personen wurden getötet. Militär mußte aufgebieten werden, um die Ordnung wieder herzustellen. Nach einer Reutermeldung aus Chicago ist die Zahl der Toten bis zum 30. Juli auf 27 gestiegen, davon 15 Neger und 12 Weiße. Fast 1000 Personen wurden verwundet, darunter 7 tödlich bei den Negern sind boscchwillische Einflüsse festgestellt.

Demokratischer Parteitag.

(-) Stuttgart, 27. Juli.

Unter starker Beteiligung fand gestern und heute der erste Parteitag der deutsch-demokratischen Partei in Württemberg statt. Der stellv. Vorsitzende der Partei, Minister Baumann, eröffnete die Versammlung am Samstag mit einem kurzen Rückblick auf das Werden und die Arbeit der Partei. Den Geschäftsbericht erstattete Parteisekretär Hopf, der ausführte, die Einigung der beiden Parteien — fortschrittliche Volkspartei und nationalliberale Partei — sei für Württemberg schon vor dem Krieg vor allem aber vor der Revolution ernstlich erwogen worden und am 14. Dezember 1918 endgültig zu Stande gekommen. Unter den Bauern und Weingärtnern habe man kräftig gearbeitet und 46 Bauernvereine und 30 Weingärtnervereine auf demokratischer Grundlage seien bereits gebildet. Auch zu anderen Erwerbsständen bestehen lebhafteste Verbindungen. Die Mitgliederzahl der Partei beträgt etwa 58000. Es bestehen bis jetzt ca. 49 Frauengruppen und 18 Jugendvereine.

Den Kassenbericht erstattete Herr Paul Hg. „Ueber die Frauen in der Partei“ sprach sodann die Abg. Fein, Wanda.

An der Aussprache beteiligten sich u. a. die Herren Dr. Schmittke, Cannstatt, Fischer, Stuttgart, Dietrich, Stuttgart, Prof. Wild Hall, Dr. Hahnle, Ulm, Dr. Colmann, Friedrichshafen, Adolf Hahn, Stuttgart, Reiter, Göppingen und Bauer Winnenden.

Die Sagen wurden hierauf im einzelnen durchberaten und mit verschiedenen Abänderungen und Zusätzen angenommen.

Die heutige Sonntagsitzung im Bürgermuseum leitete der Erste Vorsitzende der Partei, Konrad Haugmann. Dr. Feser überbrachte die Grüße der badischen Parteifreunde wobei er sich auch über die besonders von den Demokraten erstrebte Einigung der beiden Nachbarstaaten ausließ.

Württemberg.

(-) Stuttgart 30. Juli. (Das Vorkaufsrecht der Gemeinden im Ausnahm.) Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Landtags trat heute in die Beratung über das Vorkaufsrecht der Gemeinden ein. Abg. Ströbel (S.B.) beantragte in die Beratung überhaupt nicht einzutreten und die Regierung um Einbringung eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, der die Schaffung kleiner ländlicher Siedlungen und von Kleinwohnungsbauten zu angemessenen Preisen ermöglicht. Ein Vertreter der Bürgerpartei führte aus, der Zweck des Gesetzes sei offenbar die Überführung des Privateigentums in Gemein- und Staatsbesitz. Das Vorkaufsrecht binde den Besitz. An Stelle des Verkaufs werde die Verpachtung treten. Ein Vertreter des Zentrums erklärte, der Eindruck des Gesetzes sei, daß die Sozialisierung des Bodens herbeigeführt werden solle. Staat und Gemeinde seien in dem Gesetz nicht verpflichtet, den Boden für ländliche Siedlungen und Kleinwohnungsbauten zu benutzen. Der Entwurf würde außerdem große Mittel fordern. Als Sperrmaßregel gegen übertriebene Wertsteigerung sei der Entwurf zu begrüßen. Für die Siedlung sei der Weg der Genossenschaften besser. Die Besteuerung werde die Wirkung haben, daß niemand mehr etwas verkaufe. Dem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie ging der Entwurf nicht weit genug, dem der demokratischen Partei zu weit. Letzterer verlangte, daß die Vollmacht nicht auf alle Gemeinden des Landes ausgedehnt werde. Die Fristen des Gesetzes seien zu kurz. Ein Vertreter der Sozialdemokratie behandelte die Frage der Kleinwohnungsbauten. Dr. Lindemann führte aus, der Zweck des Gesetzentwurfes sei 1. der Preissteigerung zu begegnen, 2. Siedlungsland zu schaffen und 3. innerhalb der Städte billiges Wohngebiet zu erschließen. Der Antrag Ströbel wurde mit 13 gegen 4 Stimmen (Bürgerpartei) bei 5 Enthaltungen (Zentrum) abgelehnt.

(-) Stuttgart, 31. Juli. (Vom Tage.) Gestern vormittag geriet ein Straßenbahnfahrer mit einem Jagdgast in einer Wortwechself, der außerhalb des Wagens in eine Kauferei ansartete, wobei der Schaffner unter ein daherbefahrendes Fuhrowerk geriet und vom Pferd ins Gesicht getreten wurde, so daß ein Auge verloren ist. Heute nacht drangen drei Einbrecher in die Wirtschaft des Kurhauses Iste in der Rotewaldstraße ein. Einer der Einbrecher wurde dingfest gemacht, während die anderen durch das Fenster in den nahen Wald flohen.

(-) Eßlingen, 30. Juli. (Stromeinschränkung.) Die Redanwerke A.-G. in Eßlingen sind wegen Kohlenmangels gezwungen, auch im August weitere Einschränkungen in der Stromlieferung zu verfügen. Es werden alle Betriebe zwei Tage in der Woche ausgeschaltet. Die Schaltzeiten sind festgesetzt von morgens 1/27 Uhr bis 6 Uhr abends.

(-) Tübingen, 31. Juli. (Todesfall.) Aus Bern wird gemeldet, daß der langjährige Physiologe an hiesiger Universität, Prof. Dr. Paul v. Gräßner dort gestorben ist.

(-) Mößingen, 31. Juli. (Familiendrama.) In einer hiesigen Brauerei kam es zwischen Vater und Sohn zu einem Zusammenstoß. Der Sohn brachte seinem Vater zwei Schusswunden bei und entlebte sich dann selbst.

(-) Ravensbrugg, 30. Juli. (Kirchendiebstahl.) In letzter Nacht wurde in der Pfarrkirche St. Christina dreimal geklopft, darunter zwei Altartücher und ein Ablationsgefäß aus Nidel. Die Kirche bleibt infolgedessen geschlossen.

Baden.

(-) Karlsruhe, 31. Juli. Im Drangergebäude fand gestern eine Versteigerung von Möbeln aus dem Groß. Schloß statt, zu der sich eine große Zahl Kauf-lustiger eingefunden hatte. Im allgemeinen handelte es sich um ältere Tische, Stühle, Betten, Schränke usw. der Groß. Vorkriegszeit. Nur wenige Stücke, wie geschmückte Truhen, zierliche Ausstattungsstücke (Kosaken) gatten besonderen Kunstwert und hierfür wurden auch erhebliche Summen bezahlt.

(-) Baden-Baden, 31. Juli. Zu der Aufhebung des unter dem Namen Sportingclub im Hotel Messmer hier betriebenen Spielflubs teilt der „Volkswfreund“ folgendes mit: Außer den Mitgliedern des Klubs waren am Sonntag abend noch etwa 100 jugendliche „Gäste“ anwesend und alle Spieltische waren in Betrieb. Nahezu 100000 M. an einbezahlten Spielgeldern, um die der Kampf in der Nacht gellen sollte, konnten beschlagnahmt werden. Nachdem festgestellt worden war, daß es sich bei dem Klub nicht um eine geschlossene Gesellschaft handelte, wurde er geschlossen und außer den Geldern auch Papiere und Bücher beschlagnahmt. Der „Volkswfreund“ behauptet, daß nach verlässlichen Mitteilungen eines Klubmitglieds in der unerhörtesten Weise jede Nacht erwerbsmäßig gespielt wurde. Als Präsident des Klubs wird in dem Blatte General v. Puttkammer genannt, als Spielleiter Oberleutnant Grzyb, Mittelmeister v. Mohr und Mittelmeister Cajar. Als Hauptakteure werden ein Industrieller namens Weinfeld und ein Herr Vamb bezeichnet.

(-) Heidelberg, 31. Juli. Schwester Frida Altmann in Königsfeld (Baden) hat ihr Kinderheim in Königsfeld der Universität Heidelberg gestiftet unter der Bedingung, daß das Heim in jeitheriger Weise zum Wohle erholungsbedürftiger Kinder fortgeführt werde. Die Stiftung ist genehmigt, zum Verwaltungsrat wurden Geh. Oberregierungsrat Dr. Schwörer-Karlruhe, Rechtsanwalt Dr. Pabel-Mannheim und Professor Dr. Moro-Heidelberg bestimmt. Der Wert der Stiftung beträgt etwa 500000 M.

(-) Heidelberg, 31. Juli. Wie das „Heidelberger Tagbl.“ mitteilt, fand am Montag hier eine Konferenz aller an dem Verkehr mit dem von den Franzosen besetzten Gebiete interessierten Behörden der neutralen Zone statt. Vertreten waren das bad. Ministerium des Äußern, das hiesige Staatsministerium, das Zivilkommissariat IV und v. u. a. Ueber alle einschlägigen Fragen wurde Einverständnis erzielt und eine Grundlage für Wünsche geschaffen, mit denen an die deutschen Behörden und an die französischen Armeekommandos herantreten zu werden soll.

(-) Sulzburg b. Staufen, 31. Juli. Gegen fremde Vereeniamler kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Mänsfelder wollten sich der Konkurrenz erwehren. Einem der Sammler wurde mit einem Gewehrstoß der Schädel eingeschlagen, eine Frau wurde sehr schwer am Arm verletzt. Auch sonst erlitten viele Personen Verletzungen.

Rebhandelsbericht.

„Der Weinbau“ schreibt: Ausgerechnet zu Sommeranfang am 22. Juni, setzte nach einer über 6 Wochen andauernden Trockenperiode kühles, unbeständiges Wetter ein, das bis zum 4. Juli anhielt; vom 5.-8. Juli wars warm, vom 9.-16. Juli wieder kühler, seitdem haben wir unbeständiges Wetter. Die seit dem 22. Juni niedergelassenen Niederschläge erfolgten, da die eigentlichen Landregen ausblieben, vielfach in Verbindung mit Gewittern und waren in ihrer Ausgiebigkeit in den einzelnen Landesteilen sehr ungleich. Es gibt Stellen in Unterland, in denen der Boden unter den Säcken bis Ende Juli trocken blieb. Während das allgemeine Wachstum der Rebstöcke bisher in durchaus normaler, jedenfalls nicht zu ängstlicher Weise sich vollzog, erfuhr die Rebeablässe durch den geschwundenen Witterungsang eine ungünstige Beeinflussung. Gute warme Regen, wo die Blüte schon vor Mitte Juni begonnen hatte, blühten rasch und vollkommen vor Eintritt des kühlen Wetters durch; sie zeigten Mitte Juli schon entwickelten Trauben im Hängestadium; in der Mehrzahl der Rebplantagen aber schied sich der Blüteprozess, in seinem Verlauf eine erhebliche Verzögerung erleidend, in das kühle Weiter hinein, so war es unausweichlich, daß sich eine beträchtliche Ungleichheit in der Entwicklung der Trauben herausbildete. Mitte Juli fand man häufig an einem Stock „blühende“ und „hängende“. Spät nachreife Trauben haben die Blütknospen mangelhaft und verertheten. Trotz dieser Säbnisse läßt der jetzt nach der Blüte sich zeigende Traubenstand einen guten Herbst erwarten; nicht selten werden die Herbstträge höher sein, als im vorigen Jahr. Von den Rebkräften sehen Westriessing, Elmberger, Portuajester, Elbing am weitestgehendsten; Sylvaner, Urban, Malvasier, Schwarzriesling und Trollinger sind befriedigend, während der Gutedel teilweise infolge mangelhaften Verblühens verlagert. — Von den tierischen Schädlingen ist es hauptsächlich der Heuwanne, der in diesem Jahr in wesentlicher Häufigkeit auftritt, und, da die Witterungsverhältnisse sein Fortkommen begünstigen, stellenweise (so besonders in der Bodenseeregion und am Ahrtaal, also in den späteren Gegenden) ertragverminderndes Verze. Wer ihn mit Alkohol vergiftete, hat auch in diesem Jahr nicht umsonst gearbeitet. Ueber die Wirkung des in diesem Jahr erstmals als Wurmmittel zur Anwendung gekommenen Urantia grüns sind die Meinungen in Weinbaugebietern geteilt. Es scheint, daß es beim Urantia grün noch mehr auf das Erwischen des richtigen Behältniszeitpunktes ankommt, als bei Alkohola. — Ein großes Glück für unsere Weinberge ist es, daß ihnen die Blattflöhekrankheit bis jetzt, abgesehen von ganz vereinzelten Ansteckungspunkten, fern geblieben ist. Da die Reben durchweg zweimal gekupfert sind, dürfte die Hauptgefahr dieses schlimmen Rebellens für dieses Jahr abgewendet sein. — Etwa seit dem 12. Juli ist in den Weinbergen der wahre Reht (a u. Nidium) neuerweise aufgetreten; das Schwebeln ist daher nach dem derzeitigen Stand der Reben die notwendigste Maßnahme. Anfangs August wird der Kampf gegen den Sauerwurm mit Alkohol und Urantia grün anzunehmen sein. — Mit den Sommerarbeiten am Rebstock ist man voll auf dem laufenden. Das Felgen gab eine vorzügliche Arbeit. — Die mit Blinden erstellten Neuanlagen wollen nur zögernd kommen; ihnen wars bisher zu trocken. Dagegen haben sich Wurzeltriebsplantagen züchsig ergänzt.

Bermischtes.

Der 75-jährige Geburtstag des Liedes „Schleswig-Holstein, meerrumflungen“. Am 24. Juli 1844 wurde das Lied, das nicht nur in Schleswig-Holstein, das in ganz Deutschland und bei den Deutschen in aller Welt in den vielen Weichstunden der nationalen Begeisterung, in manchen Augenblicken feilscher Bedrängnis gefungen worden ist, zum ersten Male unter der Leitung seines Komponisten, des Kantors Bellmann, auf dem Sängertag zu Schleswig von der Schleswiger Liedertafel öffentlich zum Vortrag gebracht. Der Text des Liedes rührt vom Schleswiger Adolanten Friedrich Schminck (geb. 10. Juni 1815, gest. 14. April 1870) her.

Zwei deutsche Vereeder, ein gewisser Schulz und ein gewisser Grothe, sollen nach einer englischen Blättermeldung mit dem Dampfer „Agamemnon“ in Amerika eingetroffen sein. Vor Beginn der amerikanischen Offensive von 1918 sollen diese beiden die Pläne des deutschen Generalstabs ausgeliefert haben. Das habe die amerikanischen Verluste um die Hälfte ernähigt.

Die Luftverkehrssteuer in München hat im ersten Halbjahr 1919 über zwei Millionen Mark betragen. Dagegen haben im Bezirk Rosenheim (Oberbayern) wurde durch ein furchtbares Unwetter ein Hagelstaden von 6-8 Mill. Mark angerichtet. 21 Mill. Danksiegel sind zertrümmert.

Das Ministerium ist ersucht worden, zur Verbesserung der Sagen im Bezirk die 10stündige Arbeitszeit zu gestalten.

Der Bevölkerungsverlust Sachsens im Weltkrieg betrug bis Ende März 1919 etwa 420000 Menschen. Davon kommen auf das Heer rund 120000 Tote, während der Geburtenrückgang auf 24800 und die Sterblichkeitsziffer infolge der Einwirkung der Blockade auf 52000 berechnet wird.

Der Negeraufstand in Washington hat nach Meldungen des „Corriere della Sera“ einen ersten Charakter angenommen. Mehrere tausend Neger haben einen geschlossenen Einfall in das Stadtzentrum unternommen. Vor dem Rathaus und dem Weissen Haus kam es zu blutigen Zusammenstößen; einige Soldaten und Matrosen wurden getötet und verletzt. Ueber die Ursache wird dem „Manchester Guardian“ gemeldet: Der Krieg hat das Rassenproblem verschärft. Aus den Südstaaten wurden 239000 Neger in die Armee eingestellt (gegen 370000 Weiße) und aus dem ganzen Lande 360000. Eine so große Menge Neger konnte unmöglich Uniform tragen und jene demokratischen Reden von ihren Vorgesetzten hören, ohne Selbstgefühl zu bekommen. Die meisten Weißen in den Südstaaten nehmen das ara krumm und sind entschlossen, den Nigger auf seinen Platz zurückzuerweisen. Es wird immer häufiger „gelacht“, und aus dieser angehäuferten Bitterkeit entspringen die letzten Vorgänge in Washington.

Fabel. Der Fuchs predigte dem Gänserich den Kommunismus. Wo die Sache ist, sagte er: Mein Kragen gehört dir und dein Kragen gehört mir.

Locales.

— Prüfungen im Gefangenen! ... Aus Bern wird gemeldet: Während der letzten Monate haben in sieben Kriegsgefangenenlagern Frankreichs unter Leitung des Kultusministeriums in Berlin bevollmächtigte Kriegsgefangene Oberlehrer erfolgreiche Kriegsreisepfahrungen, erste Lehrerprüfungen und Militärkommandanturenprüfungen abgehalten. In weiteren sieben Lagern sind zurzeit solche Prüfungen im Gange.

— Die Ausgabe der Fleischkonerven auf die Fleischkarte erfolgte bisher unter Anrechnung des Losengewichts in doppelter Menge des Schlachtviehfleisches mit eingewachsenen Knochen. Dies ist nun dahin abgeändert worden, daß die Fleischkonerven, soweit sie in Aufschnitt vom Metzger ausgegeben werden, dem Schlachtviehfleisch ohne Knochen und soweit sie mit der Dose ausgegeben werden, dem Schlachtviehfleisch mit Knochen gleichgestellt werden.

— Marzipanerkugeln. Die Herstellung und der Vertrieb von Marzipanerkugeln (Badmasse aus Aprikosen- und Pfirsichkernen usw.) bestehend aus 2 Teilen Kernen und 1 Teil Zucker, darf nur mit Genehmigung der Reichszuckerstelle und nur mit dem von der Zuckerzuteilungsstelle in Würzburg gelieferten Zucker geschehen. Der Preis für helle Badmasse darf 12 M. (12.80 M.), für dunkle Badmasse (aus Aprikosen- und Pfirsichkernmehl) 10 M. (10.80 M.) das Kilo im Großhandel nicht überschreiten. Marzipanerkugeln dürfen nur in Schnitten, Broten und Blättern zu 50 und 100 Gramm zum Kleinverkaufspreis von 16.40 M. aus heller und 15.40 M. aus dunkler Badmasse in den Verkehr gebracht werden.

— Vom Tabak. Auf einer nach Heilbronn einberufenen Tabakpflanzervereinigung waren Vertreter sämtlicher tabakbaureicher Gemeinden anwesend, um zu den in Bremen gepflogenen Verhandlungen zwischen Regierungsveterinern, Fabrikanten, Bauern und Arbeitern Stellung zu nehmen. Der Bericht des Abgeordneten Bogt wurde einstimmig gutgeheißen; den Tabak der 1919er Ernte um den Preis von 320-450 M. abzugeben, um dem Auslandsabak nachzustehen. Ferner wurde beiprochen, der Tabakverbrauchervereine beizutreten.

— Fürsorge für entlassene Heeresangehörige. Das würt. Kriegsministerium hat die amtlichen Fürsorgestellen ermächtigt, auf Antrag und im Fall dringenden Bedürfnisses er Kriegsschadigte, die infolge der Schwere ihrer Beschädigung mit den Urlaubsgeldern und der etwa daneben zustehenden Erwerbslosenunterstützung nicht auskommen können, Unterstühtungen vorzubehalten für Rechnung der Militärverwaltung zu zahlen.

— Saatgut von Brotgetreide und Gerste darf nur an die Würt. Saatstelle abgeleitet werden, ausgenommen den Abtag unmittelbar vom Erzeuger an einzelne Verbraucher innerhalb desselben Kommunalverbandsbezirks. Die Beförderung aus einem Kommunalverband in einen anderen darf nur mit Beförderungsschein der Saatstelle, bei Beförderung mit der Bahn oder Post nur nach Abstempelung der Versandpapiere durch die Saatstelle erfolgen.

— Das Goldanlehen für Zollzahlungen. Der Reichsfinanzminister hat zu dem am 1. August d. J. in Kraft tretenden Gesetz über die Zahlung der Bölle in Gold eine Bekanntmachung erlassen, wonach das Anlehen vom 1. bis zum 9. August einschließl. 240 Proz. beträgt. Demnach kann für einen Zollbetrag von 100 M. Gold auch ein Betrag von 310 M. in deutschem Papiergeld in Zahlung gegeben werden. — Neben der Begleichung des Zolls in deutschen Goldmünzen kann auch die Zahlung in ausländischen Goldmünzen oder in sonstigen ausländischen Zahlungsmitteln in Frage kommen, und zwar gegebenenfalls Silbergeld, Papiergeld, Banknoten, Auszahlungsanweisungen, Schecks und Wechsel.

— Schweizerreisen. Am 1. August tritt die verschärfte Grenzkontrolle in der Schweiz in Kraft. Ausländische Reisende, auch solche, die schon vor dem 1. August in die Schweiz eingereist sind, haben die Rückreise über dieselbe Grenzstelle zu nehmen wie die Einreise. Ausnahmen kann nur die Zentralstelle der Fremdenpolizei in Bern genehmigen. Wer nach Ablauf der bewilligten Aufenthaltsfrist (einschließlich etwaiger Verlängerungen im Inland) die Grenze nicht überschritten hat, wird im Schweizerischen Postgesetz zur Ermittlung des Aufenthalts zwecks Bestrafung und Ausweisung ausgeschrieben. Die Zentralstelle für Fremdenpolizei ist allein zuständig, Gesuche um Verlängerung zu bewilligen. In Ausnahmefällen können die Kantonsbehörden einmalig Verlängerung bis zu 10 Tagen gewähren. Als Ausnahme gilt nur die unvorhergesehene, kurz vor der Ausreise eintretende Unmöglichkeit der Abreise, beispielsweise wegen Krankheit.



Aus dem Bezirk.

Wildbad, 1. Aug. Gewöhnliche Briefe, die nach dem Auslande gehen, können von jetzt ab verschlossen aufgegeben werden. Eingeschriebene Briefe, Wertbriefe und Postanweisungen, sowie Paketsendungen unterliegen dagegen nach wie vor der Prüfung.

Calmbach, 23. Juli. Bericht über die letzten Gemeinderatsitzungen. (Schluß.) Zu dem Besuch um Festsetzung einer gleich großen Kundenzahl für jeden Metzger führt der Vorsitzende aus: Die durch die oberamtliche Bestimmung vom 13. Mai v. Js. eingeführte Kundenliste für die Metzgereien ist eine „freiwillige“. In Ziffer 4 derselben ist bestimmt insofern es zur Sicherung einer gleichmäßigen Verteilung des Fleisches und einer raschen Abwicklung des Verkehrs erforderlich erscheint, sind die Schultheiß-nämter berechtigt, einzelne Haushaltungen anderen Metzgern zuzuwenden als denjenigen, bei denen sie eingeschrieben sind. Hierbei ist der seitherige Umfang der Metzgereibetriebe zu berücksichtigen. Die Voraussetzungen für der hier vorangehenden Maßnahme liegen hier nicht vor. Störungen oder Verzögerungen im Fleischverkauf infolge der verschiedenen Kundenzahl sind nicht vorgekommen seit die Kundenliste eingeführt ist. Die Kundenzahl der Metzger entspricht auch ziemlich ihrem früheren Geschäftsumfang, wenn man diesem ihr Gewerbesteuerkapital zu Grunde legt. So hatte vor dem Krieg Christian Seyfried ein um 7mal höheres Gewerbesteuerkapital als Hermann Seyfried und ein um 3 1/2

bis 4mal höheres als die übrigen Metzger. Es liegt sonach klar auf der Hand, daß das Verlangen der Geschäftsteller in keinem Sinne gerechtfertigt ist. Ein Teil der Beschwerdeführer hat sich schon im Juni v. Js. in gleicher Sache an die Landesfleischhofungsstelle gewandt, welche sie nach Prüfung der Sachlage abgewiesen hat. (Der Schriftwechsel hierüber wurde verlesen.) Das Verlangen der Geschäftsteller bedeutet nichts anderes als die Einführung einer Zwangskundenliste. Wollte eine solche hier allein eingeführt werden, so würde das sofort die Beschwerde eines größeren Teiles der Einwohnerschaft nach sich ziehen. Aus all diesen Gründen hat das Schultheißenamt eine Aenderung der Regelbestimmung nicht eintreten lassen. Trotzdem die Sache in die Zuständigkeit des Schultheißenamts und nicht des Gemeinderats gehört, will der Vorsitzende die Zustimmung des Gemeinderats hören, um sich u. U. danach richten zu können. Nach längerer Besprechung der Sache gelangt der Gemeinderat mit überwiegender Mehrheit zu dem Beschluß, eine Aenderung des bestehenden Zustandes nicht anzugehen. In der Sitzung am 10. ds. Mts. erstattet der Vorsitzende in Sachen der Platzverpachtung an Wilhelm Vott Bericht. Danach sind als weitere Bewerber Christian Barth, Bahnhofwirt, um den Platz neben seinem neu erworbenen Hause und Friedrich Kiefer, Bauunternehmer, um einen Platz zur Aufstellung von Maschinen aufgetreten. Mit diesen sowie mit den Anwohnern Egidius Wurster und Karl Locher wurde an Ort und Stelle verhandelt. Die Plätze wurden so eingeteilt, daß Barth einen etwa 4 m breiten Streifen entlang

seines Hauses und den Platz hinter demselben, daneben Wilhelm Vott einen Platz von etwa 70 qm, Egidius Wurster vor der Giebelseite seines Hauses einen Platz von etwa 20 qm, links des Zugangsweges zu seinem Hause etwa 50 qm, rechts desselben etwa 40 qm, und Karl Locher neben Wurster etwa 60 qm pachtweise erhalten sollen. Für Kiefer bliebe höchstens ein Platz von etwa 60—70 qm übrig. Nach längerer eingehender Beratung wurde beschlossen, dem Vott und Vott den ihnen zugeordneten Platz, dem Wurster dagegen nur den Platz unmittelbar vor der Giebelseite seines Hauses und links des Zuganges zu seinem Hause, dem Locher den seitlich von ihm und Wurster benutzten Platz rechts des Weges. Kiefer erhält keinen Platz da die Firma Gebr. Kiefer für ihre Maschinen eigenen Platz hat. Als Verkaufspreis wurde 10 Pfg. für den qm festgesetzt.

Die Weiterführung der Milchgeschäfte wurde, nachdem Hauslehrer Baumann diese niedergelegt hat, dem Gemeinderat übertragen, welcher zunächst jeden Dienstag und Freitag nachmittags von 4—6 Uhr auf dem Rathaus die Geschäfte erledigen wird. Außer einem Gemeindegerechtsfall wurden noch verschiedene Sachen der laufenden Verwaltung erledigt.

In der Sitzung am 26. Juli wurde die Gehaltsregelung für sämtliche Gemeindebeamten, Unterbeamten und Angestellten und die Verwilligung von Feuerungszulagen an die selben vorgenommen. Der Gesamtmehraufwand durch die Erhöhung beträgt rund 13000 Mk.

Einschränkung des Gasverbrauchs.

Nachdem feststeht, daß die außerordentliche Kohlenknappheit nicht nur eine vorübergehende Erscheinung ist, hat das Gaswerk die Weisung erhalten, die noch in Geltung befindlichen Einschränkungsmaßnahmen des Arbeitsministeriums vom 14. Nov. 1918 mit aller Strenge anzuwenden, damit eine gänzliche Gasperre vermieden werden kann. Es ergeht an alle Gasabnehmer die dringende Aufforderung, ihren Gasverbrauch auf das feinerzeit zugebilligte Monatsquantum einzuschränken. Bei Nichtbefolgung ist Abspernung der Gaszufuhr zu erwarten. Bei der nächsten Ableitung der Gasmeßer wird den Verbrauchern die zugebilligte Monatsmenge von Gasmeßer nochmals mündlich mitgeteilt werden.

Wildbad, den 31. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Säger.

Abgabe des amerikan. Weizenmehles

Nach Weisung der Landesgetreidekasse erhalten die Versorgungsberechtigten bis auf Weiteres monatlich 2 Pfund amerik. Weizenmehl. Die 2 Pfund für Juni wurden hier bereits ausgegeben, die 2 Pfund für Juli werden noch diese Woche abgegeben. Für den August ist das Mehl noch nicht eingelaufen, es wird sofort nach Eintreffen abgegeben werden.

Die hier verbreiteten Gerüchte, es sei amerik. Mehl an Unberechtigte abgegeben worden, beruhen auf Unwahrheit. Es kamen hier ein: 5007 kg amerik. Weizenmehl, hievon erhielten die Versorgungsberechtigten 4812 kg, die beiden Konditoren Lindberger und Winkler im Einverständnis mit dem Kommunalverband für gewerbliche Zwecke auf Proffarten je 50 kg und in der Mehlabgabestelle sind noch vorhanden 96 kg.

Die Richtigkeit dieser Aufstellung wurde durch eine Kommission des Gemeinderats und des Arbeiterrats festgestellt. Die an die Konditoren abgegebenen je 50 kg haben keinerlei Einfluß auf die Mehlabgabe an die Versorgungsberechtigten, die ihre volle 2 Pfund pro Monat erhalten werden.

Es wurde hier behauptet, daß in Calmbach schon insgesamt 7 Pfd. amerik. Mehl pro Kopf abgegeben worden seien. Nach Mitteilung des Schultheißenamts Calmbach ist dies unzutreffend. Es sind bis jetzt in Calmbach insgesamt 5 Pfd. abgegeben worden, nämlich je 2 Pfd. für Juni und Juli und 1 Pfd. für August, sodas die Calmbacher Versorgungsberechtigten für August nur noch 1 Pfd. zu erhalten haben.

Wildbad, den 31. Juli 1919.

Städt. Mehlabgabestelle.

Die Kuhhalter

Wenn ihr Guthaben für gelieferte Milch pro Juli am Samstag, den 2. August von vorm. 9—12 Uhr in Empfang nehmen. Städt. Lebensmittelamt.

Verkaufe mein neuverbautes Wohnhaus 6—8 Zimmern, 2 Küchen, dazu noch andere Räumlichkeiten elektr. Licht und Wasser. Güter können extra gehauft werden. Anwesen liegt in ruhiger Lage auf dem Luftkurort Döbel. — Auskunft Tel. No. 9. 286

Fahrgelegenheit für Schwarzwaldtouren.

Elegante Ein- und Zweispänner-Wagen für ein- und mehrtägige Touren bringt in empfehlende Erinnerung

Carl Rath,

Fuhrunternehmer

Villa Carl Rath, Wilhelmstr. 166.

Telephon-Ruf durch Nr. 52.

Drei tüchtige, kräftige, jüngere

Arbeiter

werden für dauernde Beschäftigung im Werk und auf dem Platz gesucht.

Windhof-Säge.

Turnverein Calmbach.

Samstag, den 2. August 1919,

abends 8 Uhr

Versammlung

im Gasthaus zum „Auer“. Wegen wichtiger Besprechungen über das Verbandsfest ist vollzähliges Erscheinen notwendig.

Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Ortsgruppe Wildbad.

Am Sonntag, den 3. August nachm. 4 Uhr findet im Gasthaus zum „Babischen Hof“ (Nebenzimmer)

eine wichtige Besprechung

statt, zu der sämtliche Mitglieder, sowie die Vertrauensleute von Calmbach, Höfen, Neuenbürg zu erscheinen haben. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben.

284

Der Vorstand.

Schuhhaus Wilh. Treiber

Ludwig-Seegerstraße 17 empfiehlt

Neu eintreffend, ohne Bezugschein lieferbar:

1 großer Posten

Kinder u. Mädchen-Boxcall-Schnürstiefel 23—35,

Damen-Boxcall-u. Chevreaux-

Damen-Schnür- und Spannen-Schuhe

Herren-Boxcall-Schnürstiefel

Braune Knaben-Rindleder-Schnürstiefel

27—39. — Ferner empfehle einen Posten

Arbeiter-Schnürstiefel

Sprechstunde befindet sich jetzt Leopoldstr. 5

im Hause Schmalz

Dr. med. E. MAIER,

282

Facharzt für Hals, Nasen- und Ohrenleiden :-: Pforzheim.

Prima Weisskraut Wirsing, und Pfälzer gelbe Rüben zu den billigsten Tagespreisen bei

Wilhelm Rath auf dem Bahnhof.

Auch an Auswärtige (Calmbach, Höfen) wird ausgegeben. 261

Für Anfang August wird von Elternehepaar mit Kind

2 möblierte Zimmer

möglich 1 mit Balkon in der Nähe der Bäder in Privathaus oder Pension bis mitte September zu mieten gesucht.

Off. mit Preis eventl. mit voller Pension unter K 297 an die Exped. ds. Bl. erbeten.

Für sofort ein

Zimmermädchen, 1 Saaltochter, 1 Waschfrau oder Waschmädchen

gesucht.

Panoramahotel Wildbad. 283

Offerierte billig Ia. Reinigungs-Kristall Friedensware,

Ia. Futterkalk, Marke „B“ und Leimzusatz, Marke „Ge-Us“,

Bürkle & Klinnert,

chem. techn. Produkte, STUTTGART, Kronprinzenstrasse 3.

209

J. B. W.

Verteilung heute mittag.

Dem verehrlichen Publikum von hier und Umgebung zur g. l. Kenntnis, daß ich am kommenden Sonntag und Montag mein

elekt. Fliegerkarussell in Wildbad aufstelle.

Der Besitzer: Schneider.

Öffentlich-Versteigerung!

Der Kommunal-Verband Pforzheim-Stadt versteigert durch das städt. Hochbauamt (Altmöbelstelle) folgende von der Bezirksverwaltung bezw. Reichsneuzwertungsamt übernommenen Geesegüter:

Etwas 80 St. große u. kleine Pferde-Eisenschirme.

Etwas 20 St. Pferdekrumme.

„ 20 „ Armesättel.

„ 30 „ Sockfädel.

Eine große Partie loser Geschirrteller, wie Stränge, Freibeutel, Wasserfäße, Kopfschirme, große und kleine Wagenplane u. s. w.

Die Versteigerung findet am Montag, 4. August, von morgens 10 Uhr ab, vor dem hies. Portal der städt. Gewerbeschule, große Verberstraße 34 in Pforzheim, gegen Barzahlung und sofortige Abholung statt, wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.

Pforzheim, 31. Juli 1919.

Städt. Hochbauamt.

Heute eintreffend in

streamen Eispackungen

Blaufelchen

das Pfd. Mk. 4.— (528)

Pfannkuch & Co.

Wildbad.

Billige Schirme ?

Chr. Schmid & Sohn

Wildbad.

Drei weiße schöne 291

Hühner

Brut 1917 auch zum schlachten geeignet verkauft G. u. Agenbach.

Kaiser-Borax

pro Schachtel Mk. 2.— bei Chr. Schmid u. Sohn

Geschäfts-Empfehlung.

Die Schwarzwälder Haus- schuhfabrik und Reparaturanstalt in Höfen a. G. übernimmt

Reparaturen

jeder Art, sowie Neuankertigungen unter Zusage

reeller und pünktlicher Ausführung. 151

Ginige vorzüglich erhaltene

Pianos

in schwarz, nuss. u. eichen, Friedensware, abzugeben

G. V. Nagel, Heilbronn

Febr. 173. (289)

Fußballverein Wildbad.

Am Samstag, den 2. August

abends

punkt 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Lokal zur „Alten Linde“.

Vollzähl. Erscheinen notwendig.

Am Sonntag abend im Saale der „Alten Linde“

gemüthliches Beisammensin mit Musik-Unterhaltung.

586 Der Vorstand.

B. Ockmanns Futterkalk

„Marke B“

in Original-Packungen.

Medizinal-Drogerie Grundner's Nachfolger.

Landes-Kurtheater

Heute abend

- - Die - -

lustige Witwe

Operette in 3 Akten von Lohar